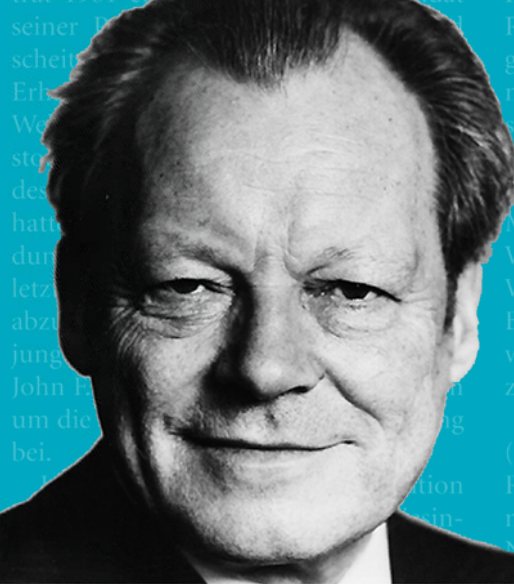




Reformen und der guten Nachbarschaft gehen. Eine persönliche Krise, zunehmende Wachstumsprobleme der Wirtschaft und die skandalöse Aufdeckung einer Spionageaffäre Guillaume setzten seiner Tätigkeit als Bundeskanzler im Mai 1974 ein abruptes Ende. Herbert Wehner sorgte binnen kurzem für den Wechsel zu Helmut Schmidt als neuen Bundeskanzler und einer Politik der wirtschafts- und finanzpolitischen Konzentration.

Br. blieb Parteivorsitzender der SPD (bis 1987). Er bewährte sich erneut als Präsident der Sozialistischen Internationale (1976–1992) und Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission für die Zusammenarbeit von Industrie- und Entwick-

# Wegbereiter der Demokratie

1969 eine knappe sozial-liberale Mehrheit möglich wurde, Br. ergriff zusammen mit Walter Scheel (FDP) diese Chance und eröffnete eine Ära von zwölf Jahren sozial-liberaler Bundespolitik, deren größte Erfolge im Abschluß der »Ostverträge« mit der Sowjetunion und Polen (ratifiziert vom Bundestag 1972) und in der »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE, 1975 in Helsinki) lagen. Durch seine Verbeugung auf den Knien vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos demonstrierte Br. vor aller Welt den glaubwürdigen Wandel der deutschen Politik nach innen und außen. Diese Friedensleistung würdigte das norwegische Nobel-Komitee mit der Verleihung des Friedenspreises 1971.

Nach dem Scheitern des konstruktiven Mißtrauensvotums im Frühjahr 1972 konnte Br. bei vorgezogenen Wah-

Nach August Bebel ist Br. als herausragendster Sozialdemokrat der deutschen Geschichte zu nennen, sowohl in deutscher Sicht als auch international. Seine besonderen Leistungen lagen darin, Nachkriegsdeutschland zu einem in jeder Hinsicht vertrauenswürdigen und anerkannten Partner aller Völker der Welt gemacht zu haben. Dem entspricht die innere Friedensleistung der erfolgreichen Integration der kritischen Generation der 68er in das Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus wurde Br. zum Symbol eines demokratischen Sozialismus, dessen Vision die Realitäten übersteigt, ohne das vorhandene Reformpotential zu überfordern. Als »Visionär« mit Augen-

**metzler kompakt**

*metzler kompakt*

Manfred Asendorf (Hrsg.)

# Wegbereiter der Demokratie

**87 Porträts**

Verlag J. B. Metzler  
Stuttgart · Weimar

## Artikelverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang (1906–1985)  
 Adenauer, Konrad (1876–1967)  
 Adorno, Theodor W. (1903–1969)  
 Afsprung, Johann Michael (1748–1808)  
 Arendt, Hannah (1906–1975)  
 Bebel, August (1840–1913)  
 Becker, Johann Philipp (1809–1886)  
 Bernstein, Aron (1812–1884)  
 Bernstein, Eduard (1850–1932)  
 Bleicher, Willi (1907–1981)  
 Bloch, Ernst (1885–1977)  
 Blum, Robert (1807–1848)  
 Böhme, Jacob (1575–1624)  
 Börne, Ludwig (1786–1837)  
 Brandt, Willy (1913–1992)  
 Büchner, Georg (1813–1837)  
 Caro, Klara (1886–1979)  
 Clauswitz, Paul (1839–1927)  
 Dehn, Günther (1882–1970)  
 Dippel, Johann Konrad (1673–1734)  
 Dohm, Hedwig (1831–1919)  
 Ebert, Friedrich (1871–1925)  
 Eichelberg, Leopold (1804–1879)  
 Elser, Johann Georg (1903–1945)  
 Fraenkel, Ernst (1898–1975)  
 Freiligrath, Ferdinand (1810–1876)  
 Fröbel, Julius (1805–1893)  
 Gervinus, Georg Gottfried (1805–1871)  
 Gumbel, Emil Julius (1891–1966)  
 Hammer, Walter (1888–1966)  
 Hanna, Gertrud (1876–1944)  
 Hatzfeldt, Sophie von (1805–1881)  
 Hecker, Friedrich (1811–1881)  
 Heine, Heinrich (1797–1856)  
 Heinemann, Gustav (1899–1976)  
 Heller, Hermann (1891–1933)  
 Hess, Moses (1812–1875)  
 Heuss, Theodor (1884–1963)  
 Heymann, Lida Gustava (1868–1943)  
 Hippler, Wendel (1465–1526 oder später)  
 Hirschfeld, Magnus (1868–1935)  
 Horkheimer, Max (1895–1973)  
 Imbusch, Heinrich (1878–1945)  
 Jacoby, Johann (1805–1877)  
 Josel von Rosheim (1478–1554)  
 Kaiser, Jakob (1888–1961)  
 Kaufmann, Franz (1886–1943)  
 Kawerau, Georg Siegfried (1886–1936)  
 Knigge, Adolph Freiherr (von) (1752–1796)  
 Lassalle, Ferdinand (1825–1864)  
 Lessing, Gotthold E. (1729–1781)  
 Liebknecht, Wilhelm (1826–1900)  
 Luxemburg, Rosa (1871–1919)  
 Marx, Karl (1818–1883)  
 Mayer, Gustav (1871–1948)  
 Mehring, Franz (1846–1919)  
 Miquel, Johannes (von) (1828–1901)  
 Müntzer, Thomas (1490–1525)  
 Naphtali, Fritz (1888–1961)  
 Naumann, Friedrich (1860–1919)  
 Nettelau, Max (1865–1944)  
 Peucer, Caspar (1525–1602)  
 Preuß, Hugo (1860–1925)  
 Quidde, Ludwig (1858–1941)  
 Radbruch, Gustav (1878–1949)  
 Raschke, Marie (1850–1935)  
 Rebmann, Andreas Georg Friedrich (1768–1824)  
 Rée, Anton (1815–1891)  
 Reichenbach, Eduard Graf von (1812–1869)  
 Riesser, Gabriel (1806–1863)  
 Rosenberg, Ludwig (1903–1977)  
 Rothmann, Bernhard (1495–1535)  
 Rotteck, Karl von (1775–1840)  
 Schmidt, Ernst Friedrich Franz (1818–1853)  
 Scholl, Hans (1918–1943) und Scholl, Sophie (1921–1943)  
 Schulz, Wilhelm (1797–1860)  
 Schulze-Delitzsch, Hermann (1808–1883)  
 Schumacher, Kurt (1895–1952)  
 Siebenpfeiffer, Philipp Jakob (1789–1845)  
 Sigel, Franz (1824–1902)  
 Specht, Minna (1879–1961)  
 Staritz, Katharina (1903–1953)  
 Struve, Gustav (von) (1805–1870)  
 Unzer, Johann Christoph (1747–1809)  
 Venedey, Henriette (1817–1893)  
 Wieland, Christoph Martin (1733–1813)  
 Wygand, August (1657–1709)

## Vorwort

»Gleichheit« und »Freiheit« sind zentrale emanzipatorische Leitbegriffe der Neuzeit (mit einer Tradition, die bis in die europäische Antike zurückreicht). Unter dem Banner der »fryheit« erhoben sich zehntausende Bauern im Jahre 1525 vom Elsaß bis Tirol und Thüringen gegen ihre adeligen Herren und Fürsten. Der Begriff der Freiheit, das Verlangen nach ihr, umfaßte hier zugleich die Gleichheit, wie der aus dem Mittelalter überkommene, aber jetzt erst seine soziale Sprengkraft voll entfaltende Rechtsgrundsatz bezeugt: »Was jedem angethet, schal ook van jedem syn bewilliget.«

Während Luther unter Berufung auf »die Schrift« kompromißlos an der weltlichen Autorität der tradierten Obrigkeiten festhielt, um Freiraum für kirchliche Reformen zu schaffen und zu sichern, forderte Müntzer ebenfalls mit dem Anspruch, das Wort Gottes zu verkünden, ein Ende der Privilegienordnung und »daß die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Mann«, »dem »armen Volk«. Die Denkfigur, Widerstand gegen ungerechtfertigte und ungerechte Herrschaft mit dem Rückgriff auf »Göttliches Recht« zu legitimieren, findet sich säkularisiert wieder im frühneuzeitlichen »Naturrecht«, aus dem sich dann im späten 18. Jahrhundert die »Menschenrechte« (später auch »Grundrechte« genannt) auskristallisierten.

Kern der unterschiedlichen Naturrechtskonzepte war die Vorstellung, daß in einem ursprünglichen Naturzustand die Menschen einander gleich waren. Daraus konnten jedoch nicht ohne weiteres Gleichheitsforderungen abgeleitet werden, da die dem Naturrecht inhärente Lehre vom Gesellschaftsvertrag mit der Trennung von status naturalis und status civilis in der Regel eher umgekehrt darauf zielte, die Ungleichheit in den gesellschaftlichen Verhältnissen

zu verewigen. Gleichwohl wirkte der Gedanke an eine einst vorhandene Gleichheit aller Menschen wie ein dauernder Stachel im Fleisch des Bestehenden. Wie, wenn dieser ideelle Fixpunkt aus der Vergangenheit in die Zukunft projiziert würde? Eben dies geschah, als im aufklärerischen Denken die Fiktion eines absoluten primitiven Zustandes der Gleichheit aufgegeben und das Naturrecht als moralischer Anspruch begriffen wurde, der sich aus der erst noch zu verwirklichenden moralischen Natur des Menschen ergab: Gleichheit als Zielvorgabe der Geschichte und als Menschenwerk zugleich. Ältere Auffassungen von der Naturgesetzlichkeit der menschlichen Geschichte – seit Thukydides das immer wiederkehrend »Gleiche und Ähnliche« in der Fülle der Erscheinungen betont hatte – liefen mit, jetzt aber unter die Perspektive von »Prozeß« und »Fortschritt« gebracht – mit emphatischer Orientierung an dem Neuen, dem Anderen und (vermeintlich) Besseren. Mit dem Bildungsoptimismus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts gingen solche Vorstellungen prekäre Verbindungen ein, insoweit der »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit« (Kant; Hervorhebung M.A.) von den je besonderen Anstrengungen der vielen Einzelnen abhing. Damit entstand ein Dauerproblem der Politik, die Kluft zwischen dem »fortgeschrittenen Bewußtsein« einzelner und dem »rückständigen Denken« vieler mit der praktischen Folge eines Schwankens zwischen Autonomie und Schulung, Selbsterfahrung und Unterwerfung (»Disziplin«), zwischen ungebundener »Freiheit« einerseits und autoritär oder gar diktatorisch erzwungener »Gleichheit« andererseits.

Verweist man zudem auf im Ansatz bereits im 17. Jahrhundert diskutierte Konzepte der Gewaltentrennung mit ih-

rem Kernstück richterlicher Unabhängigkeit, und erinnert man schließlich an mittelalterliche Traditionen genossenschaftlich-solidarischen Verhaltens, die unter den Bedingungen der Entfesselung der Ökonomie des Marktes ganz neue Formen der Verwirklichung erforderten, so hat man die Ecksteine eines Spannungsbogens, der in der Französischen Revolution mit dem im antiken Griechenland geprägten Wort »Demokratie« als Inbegriff von »Freiheit« und »Gleichheit« zusammengehalten wurde (genauer gesagt: werden sollte), jetzt ergänzt um die Losung der »Brüderlichkeit«.

Der vorliegende Band behandelt die hier umrissenen Konturen der »demokratischen Frage« im Medium von Biographien zur deutschen Geschichte. Der Herausgeber hat rund 90 Porträts aus dem von ihm (federführend) mitherausgegebenen Lexikon »Demokratische Wege« ausgewählt, um aus historischer Sicht, aber in politischer Absicht, auf uneingelöste und unausgeschöpfte demokratische Potentiale aufmerksam zu machen. Es kam ihm nicht darauf an, Kandidaten für eine Art Pantheon der Demokratie vorzuschlagen oder Vorbilder ein- und auszusortieren. Vielmehr interessierte er sich für Personen, von denen zu vermuten ist, daß ihre engagierte Teilhabe am Gemeinwesen, so unterschiedlichen Überzeugungen sie auch verpflichtet waren, Bausteine liefern könnten für eine kritische Bestandsaufnahme demokratischer Entwürfe in Vergangenheit und Gegenwart. Bei nüchterner Betrachtung ist insoweit die von dem einen oder anderen Kritiker hervorgehobene Frage »Wer war ein Demokrat?« eher unergiebig, zumal

kaum eine der hier dargestellten Lebensgeschichten keine Verwerfungen oder Brüche enthielte. Es geht vielmehr darum, »demokratische Wege« (auch Ab-, Irr- und Seitenwege) aufzuzeigen, und daher trägt dies Buch auch nicht den Titel »Demokraten«, sondern »Wegbereiter der Demokratie«. Im übrigen wäre es schade, wenn der Leser sich durch die Tatsache, daß in der Auswahl sowohl Wolfgang Abendroth wie Konrad Adenauer und Rosa Luxemburg ebenso wie Friedrich Naumann vorkommen, irritieren ließe, ist doch der geistige Bürgerkrieg, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das intellektuelle Klima in Deutschland bestimmte, durch den Zusammenbruch der DDR 1989/90 obsolet geworden. Zeitlich umfaßt das Lexikon fast fünf Jahrhunderte, vom Ende des 15. Jahrhunderts (Wendel Hippler und Josel von Rosheim) bis 1945. Personen, die zu diesem Zeitpunkt bereits hervorgetreten waren, wurden noch aufgenommen (z.B. Willi Bleicher, Hannah Arendt, Willy Brandt); wer erst nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Bildfläche erschien, blieb draußen. Neben bekannten, aber hier neu georteten Persönlichkeiten, enthält das Buch auch viele Unbekannte: Wer hat schon gehört von Klara Caro, Paul Clauswitz, Marie Raschke oder Johann Michael Afspung? Wenn sich etwas von der produktiven Unruhe, die die Protagonisten demokratischer Bewegungen beseelte, auf die Leser und Leserinnen übertrüge, hätten sich der Herausgeber dieses Lexikons und die vielen daran beteiligten Autoren nicht vergebens bemüht.

Hamburg, im Juli 2006  
Manfred Asendorf

**Abendroth, Wolfgang**

Geb. 2.5. 1906 in Elberfeld;

gest. 15.9. 1985 in Frankfurt/Main

A. repräsentierte das, was die politischen Kämpfe des zwanzigsten Jahrhunderts aus der so hoffnungsvollen Kombination von Demokratie und Sozialismus gemacht haben. Er ist die Verkörperung dessen, was wir unter einem sozialistischen Demokraten, einem demokratischen Sozialisten verstehen können. Jurist von Ausbildung, Politologe als Ordinarius, Historiker in seinen Schriften, Marxist als Wissenschaftler und Lehrer – eine singuläre Erscheinung unter den Mandarinen der Nachkriegswissenschaft. Sein politischer Einsatz, sein kämpferisches Leben in der Arbeiterbewegung machten ihn zu einem Außenseiter in den Fakultäten, aber isolierten den Intellektuellen auch in den Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung. Was ihm dort an Einfluß und Einsatz verwehrt oder wieder entzogen wurde, erreichte er jedoch bei der jüngeren Generation der Studenten und Wissenschaftler an Resonanz und produktiver Aufnahme: Seit den siebziger Jahren spricht man von der Abendroth- oder der Marburger Schule.

Mit 14 Jahren trat der Sohn einer sozialdemokratischen Lehrerfamilie in den Jugendverband der Kommunistischen Partei (KPD) ein. Die Verschärfung der Klassengegensätze durch die galoppierende Inflation, die riesigen Demonstrationen aller Arbeiterparteien nach der Ermordung Matthias Erzbergers 1921 und Walther Rathenaus ein Jahr später, der frühe Kontakt des »Literaturobmanns« im »Kommunistischen Jugendverband« mit marxistischer Literatur und ihren zeitgenössischen Autoritäten, waren Erfahrungen, die seine politische und wissenschaftliche Identität für die Zukunft prägten: Arbeiterbewegung, Einheitsfront, Marxismus. A. blieb auf der revolutionären Seite der

Opposition und machte alle Widersprüche in ihr durch, zusätzlich zum Kampf gegen den Faschismus, zu Kritik am Stalinismus, der Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland.

1928 wurde er mit seinen Lehrern Heinrich Brandler und August Thalheimer aus der KPD ausgeschlossen. In der KPD-Opposition (KPO) und später in der Gruppe »Neu-Beginnen« – Organisationsgruppen der zersplitterten Arbeiterbewegung – nahm er den illegalen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur auf und grenzte sich gleichzeitig von der gegen die SPD gerichteten Sozialfaschismustheorie und der RGO-Politik (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) der KPD ab sowie von dem Anpassungs- und Tolerierungskurs der SPD. Dabei orientierte er sich an der Faschismus-Analyse August Thalheimers, die ein realistischeres Bild von der Rolle des Staatsapparates im Kapitalismus gab als die in der KPD (und später in der SED) verbindliche Dimitroff-These von 1935, die den NS-Staat als offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals charakterisierte. Auch nährte die Dimitroff-These die Illusion vom baldigen Zusammenbruch des Faschismus. Der Preis für die klarere strategische Perspektive der KPD-Opposition war A. bewußt: »Die KPO ist, eben weil sie sich an der Faschismus-Theorie Thalheimers orientieren kann, die einzige Gruppe, die im Augenblick eine sinnvolle politische Praxis zu bieten vermag. Aber sie ist isoliert von den Arbeitermassen und kann deshalb keinen praktischen Einfluß gewinnen.«

Die illegale Arbeit blieb nicht verborgen. 1937 wurde A. wegen Hochverrats vor Gericht gestellt, in den Kellern der Gestapo gefoltert, zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und anschließend in das aus politisch Vorbestraften und kriminellen Zuchthäuslern beste-

hende »Strafbataillon 999« eingezogen. Er konnte sich auf der Insel Lemnos 1944 zu griechischen Partisanen durchschlagen und in ihren Reihen den Kampf gegen den alten Feind wieder aufnehmen, bis er Ende des Krieges von den Engländern als Kriegsgefangener interniert wurde.

Die Niederlage der Arbeiterbewegung und die anschließenden Erfahrungen in der NS-Diktatur trugen entscheidend dazu bei, daß die theoretische Erkenntnis von der Einheitsfront und Aktions-einheit der Klassenkräfte sich für A. zum kategorischen Imperativ jeder demokratischen Bewegung erweiterte und zum Angelpunkt seines Verständnisses von politischer Praxis überhaupt wurde. In den Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit und angesichts des Kalten Krieges hielt er an dieser programmatischen Überzeugung fest.

Noch bevor er im Dezember 1946, aus englischer Kriegsgefangenschaft kommend, mit seiner Frau, der Historikerin Lisa Abendroth, nach Potsdam zu seinen Eltern zog, war er in die SPD eingetreten. Während seines zweijährigen Aufenthaltes in der Sowjetischen Besatzungszone widerstand er allen Angeboten, in die SED einzutreten. Auch dieser erneute Konflikt, ja Zwiespalt in seiner Biographie war zwangsläufig und bereits früh angelegt. Er erwuchs aus seiner politischen Identität als unabhängiger Marxist, der sich schon in einer seiner ersten Veröffentlichungen kritisch mit Lenin auseinandergesetzt hatte (*Religion und Sozialismus*, 1926) und den Terror Stalins verabscheute.

Folgerichtig war die Ablehnung der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED vom April 1946 wegen ihres demokratischen Defizits und ebenso die Flucht der Familie genau zwei Jahre später. Zunächst, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, sodann aber, um die intellektuelle Unabhängigkeit zu bewahren, weswegen A. ein »lukratives« Angebot Hilde Benjamins, damals Lei-

terin der Personalabteilung in der »Deutschen Zentralverwaltung für Justiz«, zur Rückkehr ablehnte. An die Ministerin für Volksbildung des Landes Thüringen – mit Durchschlag an H. Benjamin – schrieb er unmittelbar nach seiner Flucht ein Gesuch um Entlassung aus seiner Professur in Jena, die er ein Semester zuvor angetreten hatte: »Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich ausdrücklich betonen, daß dies Schreiben keine Ablehnung der Grundgedanken der Oktoberrevolution und des Sozialismus enthält, für die ich stets eingetreten bin und weiter ebenso entschieden eintreten werde, wie ich es in der illegalen Arbeit während des Dritten Reiches, im Zuchthaus und im Strafbataillon und als Mitkämpfer der griechischen Partisanen getan habe und daß es mir fernliegt, mich mit der Rechtsauffassung oder Politik irgendeiner Besatzungsmacht zu identifizieren.« Das galt auch für die sowjetische Besatzungsmacht, deren Einmarsch in die CSSR 1968 er öffentlich kritisierte, aber auch für die DDR, bei deren Führung er wiederholt intervenierte.

A. hatte, nach einer kurzen Professur an der neuen Hochschule in Wilhelmshaven, seit 1951 den Lehrstuhl für politische Wissenschaften in Marburg inne – eine juristische Professur wollte man dem Staatsrechtslehrer der Universität Jena trotz seiner Flucht nicht überantworten. Das hinderte ihn nicht – wenn auch nur für kurze Zeit – Richter am Staatsgerichtshof in Bremen und am Verfassungsgerichtshof in Hessen zu werden und in der ebenso elitären wie konservativen »Staatsrechtslehrertagung« mitzudiskutieren – wo man ihm wegen seiner Ansichten schon bald das Wort entzog.

In seinen verfassungsrechtlichen Schriften dieser frühen Periode (*Das Grundgesetz*, 1966) bemühte er sich, die Offenheit des Grundgesetzes gegenüber der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – also auch einer sozialistischen –



aus dem historischen Kontext seiner Entstehung und vor dem Hintergrund der früher entstandenen Länderverfassungen herauszuarbeiten. Skandalon für das Monopol der ordinierten Verfassungsinterpreten war die Herauslösung des Rechtsstaatsprinzips aus formalistischer Justizisolierung und seine »Materialisierung« durch die untrennbare Verbindung mit dem Sozialstaats- und Demokratieprinzip. Wo die herrschende Verfassungslehre lange Zeit einen Widerspruch zwischen Rechts- und Sozialstaatsprinzip postulierte, gab A. ihnen erst in ihrer wechselseitigen Verklammerung den zeitgemäßen, das heißt vom Grundgesetz gewollten juristischen Inhalt – heute eine Selbstverständlichkeit. Doch A. ging damals weiter. Er trieb das Postulat der Demokratisierung über die politischen Institutionen hinaus in alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereiche der Gesellschaft hinein, um der Wirtschafts- und Sozialordnung einen konkret demokratischen Inhalt nach dem Willen und den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft zu verleihen. Eine derart verstandene Verfassungstrias von Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie machte nicht vor der überkommenen Eigentumsordnung halt und stärkte die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, auch das in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz: »Die lebendige und demokratisch organisierte Selbstverwaltung seiner (des parlamentarisch organisierten Staates) Gebietskörperschaften, seiner Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Heranziehung der vielfältigen demokratischen Massenorganisationen (...) sind die Kampffelder, auf denen entschieden wird, ob ein parlamentarischer Staat seinen demokratischen Integrationswert bewahrt oder am Ende auch seine parlamentarischen Formen und lediglich formellen demokratischen Spielregeln abstreift. Mit umfassendem Plan, im vollen Bewußtsein des ganzen

Problems, können in dieser Auseinandersetzung nur die Sozialisten auftreten. Denn allein sie gehen von einem Denken aus, das die Einheit aller gesellschaftlichen Prozesse mit der Zielsetzung umfaßt, in ihnen die gleichberechtigte Teilhabe aller, die Demokratie, zum Durchbruch zu bringen. Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.«

A. übernahm verschiedene Gutachten für die Gewerkschaften. Doch auch diese Zusammenarbeit endete, als er sich 1957 in einem spektakulären Landesverratsprozeß vor den im Deutschen Gewerkschaftsbund bereits geächteten ehemaligen Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI), Viktor Agartz, stellte und entscheidend zu dessen Freispruch beitrug. Die Verbindung mit der SPD zerbrach ebenfalls. 1959 hatte A. noch einen auf marxistischer Analyse beruhenden Gegenentwurf gegen das Godesberger Programm zum Parteitag gebracht. 1961 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er mit anderen Sozialisten einen Förderverein für den aus der SPD ausgeschlossenen »Sozialistischen Deutschen Studentenverein« (SDS) gegründet hatte.

Der Studentenbewegung in den späten 60er Jahren stand A. kritisch-solidarisch zur Seite. Nach ihrem Ende und dem Beginn der sozialliberalen Koalition (seit 1969) warb A. für ein breites Bündnis zwischen der intellektuellen Linken und der Gewerkschaftsbewegung. Zuletzt engagierte er sich vor allem in der Auseinandersetzung um die Folgen des sogenannten »Radikalen-Erlasses« von 1972 und in der Friedensbewegung.

Richard Löwenthal, ein zeitweiliger Weggefährte A.s, bemerkte in einem Nachruf: »Das Schwächste an ihm, ich kann es nicht ändern, war bei allem

Einsatz sein Sinn für die politische Realität und demgemäß letzten Endes seine politische Wirkung.« Dem ist entgegenzuhalten, daß A. in seinen bedeutenden Schriften zur *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965) und über *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie* (1964) einen scharfen Sinn für die politische Realität bekundet. Da er den Widerspruch zwischen Wahrheit, so wie er sie verstand, und Politik nicht auflösen konnte, wählte er die Wahrheit, was ihm nicht nur den Ruf größter Integrität, sondern auch unbestrittener wissenschaftlicher Kompetenz und Leistung einbrachte.

*Literatur:* Abendroth, W.: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und hg. von B. Dietrich und J. Perels. 3. Aufl. Baden-Baden 1981. – Sterzel, D.: Wolfgang Abendroth (1906–1985). Revolutionär und Verfassungsjurist der Arbeiterbewegung; in: Kritische Justiz (Hg.): Streitbare Juristen. Eine andere Tradition. Baden-Baden 1988, S. 476–486.

*Norman Paech*

### **Adenauer, Konrad**

Geb. 5. 1. 1876 in Köln;  
gest. 19. 4. 1967 in Rhöndorf

»Die große Aufgabe bei dem Wiederaufbau Deutschlands war es, die demokratischen Kräfte in unserem Volk zu wecken, zu stärken und wachsen zu lassen. Das politische Verantwortungsgefühl eines jeden Menschen war Voraussetzung für ein politisch gesundes Deutschland. Die Demokratie erschöpft sich nicht in der parlamentarischen Regierungsform, sie muß vor allen Dingen in dem Bewußtsein der einzelnen Menschen verankert sein. Wie die parlamentarische Regierungsform sogar zur Herbeiführung der Diktatur mißbraucht werden kann, wenn die Menschen nicht wirklich demokratisch denken und fühlen, das haben uns die ersten Monate

nach dem Januar 1933 gezeigt. Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform, sie ist eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen.«

Diese Sätze finden sich im ersten Band der Lebenserinnerungen, die der 88jährige A. 1964 zu schreiben begann. Die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft und Politik nach 1945 erscheint darin vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik. Der Sieg des Nationalsozialismus war für A. das Ergebnis einer Fehlentwicklung der Moderne, die er durch die »materialistische Weltanschauung« der Massengesellschaft und durch die »Staatsvergötzung« geprägt sah. Dem setzte er die aus christlichem Naturrecht entspringende »Würde, Freiheit und Selbständigkeit« der Person entgegen, die ihrerseits in gesellschaftlicher Verantwortung zu handeln verpflichtet sein sollte. Solche an »abendländisches Denken« appellierende Leitsätze brachten A. in Konflikt sowohl mit Marxismus und Sozialismus als auch mit dem Nationalsozialismus. Auf einer anderen Ebene liegt die Abgrenzung gegenüber Preußen. Aus dem katholischen Bürgertum des Rheinlands stammend, lehnte er die Hegemonie Preußens in Deutschland ab, was in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wiederholt zu A.s Befürwortung einer Rheinprovinz als selbständigem Land im Reichsverband führte und nach 1945 zur Politik der dezidierten Westbindung des westdeutschen Teilstaats.

A.s politische Karriere begann nach dem Jura-Studium in der Kommunalpolitik. Von 1917 bis 1933 war er Oberbürgermeister von Köln. In seiner Partei, dem Zentrum, stand er auf dem rechten Flügel. Er machte nicht nur den Rechtstrend des Zentrums seit 1929/30 mit, sondern unterstützte auch das offenen antiparlamentarische Präsidialregime von Reichskanzler v. Papen. Ge-

wisse Sympathien A.s für den italienischen Faschismus auf der einen Seite und die Ablehnung der Nationalsozialisten auf der anderen Seite kennzeichnen A.s Lagebeurteilung während der ausgehenden Weimarer Republik. In der Erwartung, die NS-Bewegung werde sich totlaufen und abnutzen, sprach er sich für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP in Preußen aus.

Nach der Bildung der von Hitler geführten Regierung wurde A. im März 1933 aus seinem Amt entfernt und hörte auf, sich politisch zu betätigen. Er war ein Gegner des Nationalsozialismus, schloß sich aber nicht dem Widerstand an. Dennoch wurde er nach dem 20. Juli 1944 für einige Zeit inhaftiert.

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind zwei zentrale Punkte seines Denkens hervorzuheben. Von Anfang an sah er die Teilung Europas und Deutschlands als Realität an und fortan die Sowjetunion als Feind des Abendlandes. Innenpolitisch trat er für die Schaffung einer modernen Volkspartei ein und widersetzte sich allen Versuchen, das Zentrum als Partei des politischen Katholizismus wiederzubeleben. Die CDU, deren Vorsitzender er zunächst in der britischen Besatzungszone und später auch auf Bundesebene wurde, war unter seiner Führung marktwirtschaftlich orientiert. Ende 1947 deutete A. erleichtert die Entwicklung dahingehend, daß die »kommende Zeit nicht dem Sozialismus gehören wird«. Deutschlandpolitisch votierte A. parallel dazu schon vor Gründung der Bundesrepublik für eine konsequente Politik der Westbindung, die er auch während seiner Amtszeit als Bundeskanzler (1949–1963) ohne Abstriche verfolgte.

A.s Regierungsstil war patriarchalisch-autoritär und gerade deshalb in der Bundesrepublik der 50er Jahre überaus populär. Die Bundesrepublik war zwar ein im Westen verankerter Staat. Ihre Gesellschaft aber war mit Formen pluralistischer Demokratie zunächst

noch wenig vertraut, so daß ein starker Kanzler, den nach dem Eindruck eines seiner engsten politischen Mitarbeiter aus dem Jahr 1953 der »Mythos der Führerpersönlichkeit« umgab, höchst willkommen war und im Zuge des »Wirtschaftswunders« ein Gefühl der Stabilität vermittelte. Die absolute Mehrheit der CDU 1957 dokumentiert die große gesellschaftliche Akzeptanz von A.s »Kanzlerdemokratie«. Sie ging mit dem allgemeinen Schweigen über die gesellschaftlichen Wurzeln des Nationalsozialismus einher sowie mit einer weitreichenden Kontinuität der Eliten im Staatsapparat, in Justiz und Bildung und nicht zuletzt auch in der Bundeswehr. Auch das innenpolitische Freund-Feind-Denken und die bedenkenlose Übertragung des für die frühe Bundesrepublik konstitutiven Antikommunismus auf die sozialdemokratische Opposition, deren eventuellen Wahlsieg A. als Untergang Deutschlands und Auslieferung an Moskau hinstellte, sind Merkmale der Adenauer-Ära. Erst gegen Ende seiner Regierungszeit verlor A. an Rückhalt: Innenpolitisch war das Ende der Ära A. durch Vorgänge wie die *SPIEGEL*-Affäre 1962 geprägt, als die Regierung mit ihrer Polizeiaktion gegen den *SPIEGEL* scheiterte; außenpolitisch durch den Mauerbau 1961 in Berlin, der das Ende der Deutschlandpolitik der CDU/CSU besiegelte, und durch die nach der Kuba-Krise 1962 mit Nachdruck betriebene Entspannungspolitik des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, die die Bundesrepublik in eine Isolierung zu drängen drohte.

A.s Kanzlerschaft schuf die Grundlage für die Anbindung der Bundesrepublik an den Westen, was den traditionellen antiwestlichen Affekt in der deutschen Politik beenden half. Daß dies mit einem Defizit an Demokratie einherging, kann vor dem Hintergrund der deutschen Entwicklung bis 1945 nicht überraschen und wurde erst nach Abschluß der Ära A. korrigiert.

*Literatur:* Blumenwitz, D. u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. 2 Bde. Stuttgart 1976 – Schwarz, H.-P.: Adenauer. 2 Bde. Stuttgart 1986 u. 1991 – Sternburg, W. v.: Adenauer. Frankfurt/Main 1987 – Köhler, H.: Adenauer. Frankfurt/Main, Berlin 1994.

*Gottfried Niedhart*

### **Adorno, Theodor W.**

Geb. 11. 9. 1903 in Frankfurt/Main;  
gest. 6. 8. 1969 in Visp, Kanton Wallis  
(Schweiz)

A.s politische Biographie ist durch den epochalen Bruch gekennzeichnet, den der Faschismus in Deutschland bewirkt hat. Das traumatische Erlebnis der Emigration, die anschließende Mitarbeit bei der Etablierung von Demokratie und freiheitlicher Kultur in der Bundesrepublik und schließlich das problematische Verhältnis zur Studentenbewegung haben A.s Lebensgeschichte und seine kritische Theorie der Gesellschaft beeinflusst. Für den jungen Privatdozenten der Philosophie, dem die Nationalsozialisten 1933 die *Venia legendi* an der Frankfurter Universität entzogen hatten, schien es zunächst noch gar nicht ausgemacht, daß er emigrieren mußte.

Theodor Ludwig Wiesengrund-A. war am 11. September 1903 in Frankfurt geboren worden. Aufgewachsen in einem musikalisch-kulturellen Lebenskreis, philosophisch geschult durch den älteren Freund Siegfried Kracauer, den bedeutenden Feuilletonisten der Frankfurter Zeitung, entfaltete A. schon als junger Mann eine beeindruckende Wirkung in kulturellen Institutionen des liberalen Bürgertums der ehemaligen »Freien Reichsstadt Frankfurt«. Als Student war er bereits einflussreicher Musikkritiker im Geiste der radikalen Moderne. Er trat früh für Arnold Schönberg ein. Eigene Kompositionen wurden aufgeführt. Mit 21 Jahren schloß er sein Studium der Philosophie, Musik-

wissenschaft, Psychologie und Soziologie mit der Promotion in Philosophie bei Hans Cornelius ab. 1925 ging er für ein Jahr nach Wien, um bei zwei Protagonisten der musikalischen Avantgarde, Alban Berg und Eduard Steuermann, zu studieren. Zurück in Frankfurt, intensivierte er den Kontakt zum »Institut für Sozialforschung« (gegr. 1923), mit dessen Direktor Max Horkheimer ihn seit der Universitätszeit gemeinsame theoretische Interessen verbanden.

Ein Hauptgegenstand der Arbeit des Instituts war die Erforschung der Ursachen jenes Selbstauflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft, der in Deutschland zum autoritären Staat führen sollte. Um zu begreifen, warum Menschen sich gegen ihr eigenes Interesse der Herrschaft unterwarfen und sich mit ihr identifizierten, verband die »Kritische Theorie« Einsichten von Marx und der analytischen Sozialpsychologie und begann, die bis dahin in Deutschland kaum bekannte Methodik der empirischen Sozialforschung in ihre Untersuchungen zu integrieren. Neben Herbert Marcuse, Leo Löwenthal, Erich Fromm und anderen arbeitete A. als Musiktheoretiker an einer interdisziplinär angelegten ideologiekritischen Theorie des gesamtgesellschaftlichen Verlaufs. Den gesellschaftlichen Gehalt der Musik förderte er nicht soziologisch von außen zutage, sondern durch die Analyse der ästhetischen Formgesetze der Werke selbst. Zugleich arbeitete er, angeregt von Ernst Bloch und Georg Lukács und in produktivem Austausch mit seinem Lehrer und Freund Walter Benjamin, in seiner Habilitationsschrift über Sören Kierkegaard – 1930 von Paul Tillich in Frankfurt angenommen – den gesellschaftlichen und potentiell kritischen Gehalt von Philosophie heraus.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 versuchte A. zunächst, in Deutschland zu »überwin-

tern«. Gleichzeitig bemühte er sich, in Oxford akademisch Fuß zu fassen. Bis 1937 kehrte er von dort regelmäßig zu längeren Aufenthalten nach Frankfurt zurück. Erst die energische Intervention Horkheimers, der sich keine Illusionen über die NS-Diktatur machte, veranlaßte A. 1938, zusammen mit seiner Frau, der promovierten Chemikerin Margarete Karplus, in die USA zu emigrieren. Dort änderte er seinen Namen in »Theodor W. Adorno«.

Nicht nur die ständige Mitarbeit in dem inzwischen in New York ansässigen »Institut für Sozialforschung«, sondern vor allem auch die »Erfahrung des Substantiellen demokratischer Formen« bestimmte A.s weitere Tätigkeit: »daß sie in Amerika ins Leben eingesickert sind, während sie zumindest in Deutschland nie mehr als formale Spielregeln waren und, wie ich fürchte, immer noch nicht mehr sind. Drüben lernte ich ein Potential realer Humanität kennen, das im alten Europa so kaum vorfindlich ist. Die politische Form der Demokratie ist den Menschen unendlich viel näher. (...) Begegnet man etwa in soziologischen Studien in Deutschland immer wieder Aussagen von Probanden wie: Wir sind noch nicht reif zur Demokratie, dann wären in der angeblich so viel jüngeren Neuen Welt derlei Äußerungen von Herrschgier und zugleich Selbstverachtung schwer denkbar. Ich möchte damit nicht sagen, daß Amerika vor der Gefahr eines solchen Umkippens zu totalitären Herrschaftsformen gefeit sei. Eine solche Gefahr liegt in der Tendenz der modernen Gesellschaft überhaupt. Aber wahrscheinlich ist die Resistenzkraft gegen faschistische Strömungen in Amerika doch größer als in irgendeinem europäischen Land, mit Ausnahme vielleicht von England.«

Mit der Kritik an der Kulturindustrie in den USA, die eine Vorreiterrolle für den europäischen, inzwischen weltweiten Betrieb der Massenkultur einnahm, und mit den in der Emigration entstan-

denen bahnbrechenden *Studien zum autoritären Charakter* (1950) trug A. zur Einsicht der demokratischen Gesellschaft in ihre eigene Ambivalenz bei. Nach A. besteht der innere Widerspruch der Kultur darin, daß sie ihr Versprechen von Humanität auf der Basis einer inhumanen, repressiven Gesellschaftsformation gibt – und schließlich selbst dementiert, wenn sie sich, als Kulturindustrie, ganz den Regeln der Warenproduktion unterwirft. Und die Tendenz zur Selbstunterhöhung der demokratischen Gesellschaft wurde in den *Studien zum autoritären Charakter* erstmals einer empirischen sozialpsychologischen Analyse zugänglich: Sie zeigte, bei welcher Charakterdisposition Individuen »besonders empfänglich für antidemokratische Propaganda« sind.

1941 zog zunächst Horkheimer und kurz danach A. nach Los Angeles: Gemeinsam verfaßten sie hier die *Dialektik der Aufklärung*. 1944 abgeschlossen, aber erst 1947 veröffentlicht, thematisiert das Werk die »Selbsterstörung der Aufklärung«. Aufklärung, ganz allgemein »das fortschrittliche Denken«, das darauf zielt, »von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen«, führt zur radikalen »Entzauberung der Welt«, zur Emanzipation der Erkenntnis vom Mythos, endet aber in diesem Prozeß selbst als Mythos, als Herrschaft des technisch-instrumentellen Denkens unter den Bedingungen des »Warenfetischismus«.

1945/46 arbeitete A. – noch in den USA – an Thomas Manns Roman *Doktor Faustus* (erschienen 1947) mit, vor allem an den musiktheoretischen Passagen. 1949 kam A.s *Philosophie der neuen Musik* heraus, 1952 der *Versuch über Wagner*. Außerdem veröffentlichte er eine Sammlung eigener Aphorismen unter dem Titel *Minima Moralia* (1951). Gemeinsam mit Horkheimer 1949 nach Frankfurt zurückgekehrt, bekleidete A. seit 1950 eine außerplanmäßige Professur für Philosophie und Musiksozio-

logie an der Universität Frankfurt, die sieben Jahre später in ein Ordinariat umgewandelt wurde. Und er leitete zusammen mit Horkheimer das 1951 in Frankfurt neu eröffnete »Institut für Sozialforschung«, das in den fünfziger Jahren der kritischen Soziologie zum Durchbruch in der Bundesrepublik verhalf.

In den sechziger Jahren wurde A. zu einem der wichtigsten Intellektuellen der Republik. Von 1963 bis 1968 war er Vorsitzender der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie«. Seine Essay-sammlungen, die *Prismen* (1955), *Eingriffe* (1963) und *Stichworte* (1969) entfalteten ihre Wirkung weit über die akademische Sphäre hinaus. Er war im Rundfunk und in der Presse als pointiert formulierender Aufklärer präsent. »Adorno hat in den letzten fünfundzwanzig Jahren seines Lebens sein Augenmerk auf das Fortleben des Nationalsozialismus gelegt. Aus dem Bewußtsein der Gegenwart von Auschwitz wurde das Bewußtsein notwendigen Erinnerns«, schrieb Detlev Claussen.

Der Kampf gegen das Vergessen, das unter dem Titel »Vergangenheitsbewältigung« die letzten Hindernisse aus dem Weg räumen sollte, die der Restauration, dem Wirtschaftswunder und der »formierten Gesellschaft« (Ludwig Erhard) im Wege standen, zeigte Wirkung. Mitte der sechziger Jahre machte sich die inzwischen so genannte »Frankfurter Schule« als einflußreiche Impulsgeberin gesellschaftlicher Reformprozesse bemerkbar. 1966 formulierte A. im Hessischen Rundfunk sein Konzept von Erziehung als »Herstellung eines richtigen Bewußtseins. (...) Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen.« (*Erziehung zur Mündigkeit*, 1971). Der Vietnampromtest (gegen die Bombardierung Nordvietnams durch die USA seit 1965), die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorge durch einen Polizisten bei einer Anti-Schah-Demonstra-

tion 1967, das Attentat des Arbeiters Josef Bachmann auf Rudi Dutschke, einen der führenden Köpfe der Studentenrevolte, am 11. April 1968, beeinflußten in den folgenden Jahren das politische Klima der Bundesrepublik. Bald stellte sich heraus, daß es in der Kritik an der bestehenden Gesellschaft Übereinstimmungen zwischen A. und der Protestbewegung gab, aber Differenzen über die Mittel, Veränderung zu ermöglichen. Zwar solidarisierte sich A. öffentlich mit den Intentionen des studentischen Protests, der ja nicht nur auf Reform der Universitäten zielte, sondern auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einleitete. Er sah die aktuelle Notwendigkeit einer außerparlamentarischen Opposition, unterstützte den Widerstand gegen die (1968 vom Bundestag beschlossenen) Notstandsgesetze und erklärte die studentische Blockade der Auslieferung von Zeitungen aus dem Axel-Springer-Verlag (Ostern 1968 als Reaktion auf den Mordanschlag gegen Dutschke) für legitim. Aber anders als etwa Herbert Marcuse lehnte er alle Formen von Aktionismus und Gewaltanwendung ab, die sich selbst mit revolutionärer Tat verwechselten und in A. Erinnerungen an das antidemokratische Potential in der Weimarer Republik weckten. »Der entscheidende Differenzpunkt ist wohl der«, sagte er, nicht lange vor seinem Tod, in einem Zeitungsinterview über die Möglichkeit radikal-demokratischer Politik in der Bundesrepublik, »daß unter den gesellschaftlichen und technischen Bedingungen der Gegenwart verändernde Praxis überhaupt vorstellbar ist nur als gewaltlos und durchaus im Rahmen des Grundgesetzes.«

A.s philosophische Arbeit konzentrierte sich in diesen letzten Jahren auf die Ausarbeitung seines Spätwerks. Viele nahmen es ihm übel, daß er sich nicht politisch vereinnahmen ließ. Die tumultartigen Störungen seiner Lehrtätig-

keit mögen A. verunsichert und zu Fehleinschätzungen verleitet haben, so z. B., als er 1969 aus Angst vor einer Besetzung des Instituts für Sozialforschung durch Frankfurter Studenten die Polizei um Hilfe rief. Dazu kam eine Kampagne, die gegen seine Edition der Schriften Walter Benjamins angezettelt wurde. Zu Unrecht warf man ihm vor, er habe in der Emigrationszeit Benjamins Abhängigkeit vom Institut ausgenutzt und später seine Schriften verfälscht. Zermürbt verließ A. nach dem Prozeß, den man seinem Doktoranden Hans-Jürgen Krahel wegen Landfriedensbruchs gemacht hatte, im Juli 1969 Frankfurt, um mit seiner Frau Ferien in der Schweiz zu machen. Dort starb er an einem Herzinfarkt. Seine *Negative Dialektik* (1966) und die *Ästhetische Theorie* (1970 posthum unabgeschlossen erschienen) haben den philosophischen Diskurs seit den siebziger Jahren bis heute entscheidend beeinflusst.

*Literatur:* Früchtel, J.; Calloni, M. (Hg.): Geist gegen den Zeitgeist. Erinnern an Adorno. Frankfurt/Main 1991. – Scheible, H.: Theodor W. Adorno. Reinbek bei Hamburg 1989. – Schweppenhäuser, G. (Hg.): Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos. Darmstadt 1995. – Wiggershaus, R.: Theodor W. Adorno. München 1987.

Gerhard Schweppenhäuser

### Afsprung, Johann Michael

Geb. 21. 10. 1748 in Ulm;

gest. 21. 3. 1808 in Ulm

A. stammte aus ganz bescheidenen Verhältnissen, sein Vater war ein einfacher Schlosser, aber er konnte teils autodidaktisch, teils an dem renommierten Ulmer Gymnasium eine gute Bildung, vor allem in alten Sprachen und in der Mathematik, erwerben. Schon früh wurde aus A. ein entschiedener Gegner der Oligarchie, die in Ulm wie in den

meisten deutschen Reichsstädten herrschte, und er bekannte sich ebenso entschieden zu den aufklärerischen Idealen der Vernunft, der Tugend und der Freiheit. 1770 verließ er Ulm, ging nach Wien, dann nach dem ungarischen Sarospatak als Lehrer, dann wieder nach Wien. Dort gab er – zusammen mit seinem Freund Johann Friedrich Mieg – eine Streitschrift heraus, die *Freymüthigen Briefe an Herrn Grafen von V. über den gegenwärtigen Zustand der Gelehrsamkeit der Universität und der Schulen zu Wien* (Frankfurt und Leipzig 1775), was zu seiner und Mieg's Vertreibung aus Wien führte. Er machte die Bekanntschaft von Friedrich Gottlieb Klopstock und Johann Bernhard Basedow, arbeitete in Dessau und Amsterdam als Lehrer, publizierte unter anderem in Schubarts *Teutscher Chronik* und verfaßte eine Polemik gegen die Schulverhältnisse in Ulm, was von den Großen seiner Heimatstadt übel vermerkt wurde. Dennoch erhielt er in Ulm für kurze Zeit ein kleines Amt, das er aber sehr bald wieder aufgab.

1781 veröffentlichte er eine seiner besten Arbeiten, die *Bemerkungen über die Abhandlung von der teutschen Literatur*, womit er sich an der öffentlichen Debatte über König Friedrichs II. Schrift *De la littérature allemande* (1780) beteiligte. Unter den zahlreichen Gegenschriften ist A.'s Arbeit die aggressivste und originellste. Auf der Grundlage einer präjakobinischen Konzeption lehnte A. jedes aristokratische Mäzenatentum ab und erhoffte einen Aufschwung der Literatur von revolutionären Bewegungen.

1782 unternahm A. eine Reise durch Süddeutschland und die Schweiz, die er in dem Buch *Reise durch einige Cantone der Eidgenossenschaft* (Leipzig 1784) beschrieb. Dieses gehaltvolle Buch gehört zu den politisch engagierten Reisebeschreibungen, die damals aufkamen. Ausgehend von den Ideen der Aufklärung kritisierte A. die aristokratischen

und bürgerfeindlichen Zustände in den südwestdeutschen Reichsstädten und in den ähnlichen Stadtkantonen der Schweiz wie Luzern und Zürich. Als Ideal stellte A. den patrizischen Städten die urwüchsige und gesunde, »reine« Demokratie in den sogenannten Lands-gemeindekantonen entgegen, also Kantonen wie Appenzell-Außerroden, in denen die Gesetzgebung und die Wahl der ausführenden Beamten direkt vom gesamten Volk (allerdings nur von den Männern) ausging. In dieser direkten Demokratie sah A. ein nachahmenswertes Modell für die kleineren Staatswesen in Deutschland, während er für die größeren Territorien damals noch den aufgeklärten Absolutismus für einzig möglich hielt – er war ein Verehrer Kaiser Josephs II. (reg. 1765–1790).

A.s Buch wurde ein beachtlicher Erfolg, es wurde aber auch kritisiert. Es kam sogar zu einer öffentlichen Debatte. Konservative Aufklärer wie der Göttinger Vielschreiber Christoph Meiners polemisierten gegen die republikanischen und freiheitlichen Tendenzen A.s, liberale Schriftsteller wie Johann Struve und Johann Gottfried Ebel dagegen vertraten ähnliche Auffassungen wie A..

In Heidelberg, wo er als Privatlehrer und Publizist lebte, schrieb A. das Buch *Über die vereinigten Niederlande...* (1787).

Für die Ideale der Französischen Revolution setzte sich A. in einer Reihe von Aufsätzen ein, die er im *Braunschweigischen Journal* beziehungsweise seiner Fortsetzung, dem *Schleswigischen Journal* veröffentlichte, in denen er Revolutionsgegner wie den Arzt und Schriftsteller Christoph Girtanner angriff. Wegen seiner revolutionsfreundlichen Haltung wurde er 1798 aus der Freien Reichsstadt Lindau, wo er einige Zeit als Privatlehrer gelebt hatte, auf österreichischen Druck hin ausgewiesen. In einer kleinen Schrift – *Johann Michael Afsprungs Schreiben an Fr. L. zu*

*M. Ein Beitrag über Deutschlands Verfassung und Freiheit* (1799) – hat A. die jammervolle Ohnmacht der kleinen deutschen Reichsstädte und die Notwendigkeit einer einschneidenden Veränderung der deutschen Verfassung nachgewiesen.

Die Ausweisung aus Lindau führte zu einer wichtigen Veränderung in A.s Leben. Anfang 1798 hatte es in der Schweiz eine Art bürgerliche Revolution gegeben, initiiert einerseits von schweizerischen Demokraten, die eine Modernisierung der anachronistisch gewordenen Eidgenossenschaft anstrebten, andererseits stark beeinflusst vom nachthermidorianischen, direktorialen Frankreich, das an seiner Ostgrenze einen dienstbaren Satellitenstaat wünschte. Es entstand die Helvetische Republik, ein moderner Zentralstaat, mit dem der Demokrat A. stark sympathisierte. Er siedelte nach St. Gallen, später nach Zürich über, wurde vor dem Parlament der Helvetischen Republik feierlich zum Bürger des neuen Staates ernannt und veröffentlichte in St. Gallen eine ganze Reihe von Artikeln, in denen er sich für die repräsentative Demokratie, wie sie sich in der Helvetischen Republik zu entwickeln begann, einsetzte.

Kurze Zeit übte er sogar ein Staatsamt aus als Sekretär und Bürochef des Regierungsstatthalters von Zürich. Als 1799 österreichische Truppen vorübergehend Zürich und die Ostschweiz besetzten, floh A. nach Neuchâtel. Dort erreichte seine publizistische Tätigkeit einen letzten Höhepunkt, als er mit drei Flugschriften in die Verfassungsdebatten der Helvetischen Republik im Jahre 1800 eingriff. In den folgenden Jahren wurden die radikalen Demokraten, zu denen A. gehörte, immer mehr zurückgedrängt, bis schließlich 1803 der französische Konsul Napoleon Bonaparte der Helvetischen Republik ein trauriges Ende bereitete. Viele Demokraten, unter ihnen auch A., resignierten. 1807 kehrte er nach Ulm zurück als Professor an



dasselbe Gymnasium, das er in jungen Jahren zum Ärger der Ulmer Regierung scharf kritisiert hatte. Bald darauf ist er in seiner Heimatstadt gestorben.

*Literatur:* Höhle, Th.: Der »schwäbische Seume«. Über den radikal-demokratischen Publizisten Johann Michael Afsprung, in: Weimarer Beiträge, 12. Jg., 1983. – Höhle Th.: König und Jakobiner. Johann Michael Afsprung und seine Bemerkungen über die Abhandlung von der teutschen Literatur gegen König Friedrich II. von Preußen, in: Hallesche Studien zu Wirkungen von Sprache und Literatur, 7. Jg., 1983.

Thomas Höhle

### Arendt, Hannah

Geb. 14. 10. 1906 in Linden bei Hannover; gest. 4. 12. 1975 in New York

»Das Entscheidende ist der Tag gewesen, an dem wir von Auschwitz erfuhren (...) Das war wirklich, als ob sich der Abgrund öffnet. Weil man die Vorstellung gehabt hat, alles andere hätte irgendwie noch einmal gutgemacht werden können, wie in der Politik ja alles einmal wieder gutgemacht werden kann. Dies nicht. Dies hätte nie geschehen dürfen. Und damit meine ich nicht die Zahl der Opfer. Ich meine die Fabrikation der Leichen und so weiter (...) Dieses hätte nicht geschehen dürfen. Da ist irgend etwas passiert, womit wir alle nicht mehr fertig werden.«

Diese Sätze stammen aus einem Interview, das Günter Gaus mit A. geführt hat und das 1964 das Deutsche Fernsehen ausstrahlte. Unmißverständlich wird darin zum Ausdruck gebracht, daß mit der nationalsozialistischen Judenvernichtung eine Grenze überschritten wurde, die durch keine Form der Politik wieder einzuholen ist. Diese Diskrepanz – das Ungenügen politischen Handelns gegenüber der Schockerfahrung des Holocaust – hat dem Leben A.s den wohl stärksten Stempel aufgedrückt.

Die Biographie der deutsch-amerikanischen Jüdin zu skizzieren, heißt erklären, wie aus einer apolitischen Philosophin eine nicht nur politisch engagierte Frau, sondern die wohl bedeutendste Theoretikerin des Politischen im 20. Jahrhundert werden konnte.

A. wurde 1906 in Linden bei Hannover geboren. Sie stammte aus einer assimilierten jüdischen Familie des Bildungsbürgertums und war Einzelkind. Ihre Eltern waren sozialdemokratisch geprägt und standen den Ideen der Jugendbewegung nahe. Der Vater, ein Ingenieur, starb bereits früh. A. wuchs in Königsberg, der Heimatstadt Kants, auf, besuchte dort ein Mädchengymnasium und studierte ab 1924, nachdem sie als Externe vorzeitig ihr Abitur abgelegt hatte, in Marburg bei Martin Heidegger Philosophie und bei Rudolf Bultmann Theologie. Nach der Fortsetzung ihres Studiums bei Edmund Husserl in Freiburg und Karl Jaspers in Heidelberg promovierte A. mit einer Arbeit über den *Liebesbegriff bei Augustin* (1928). Nach der Heirat mit dem Philosophen Günther Stern, der später unter seinem Pseudonym Anders als Zivilisationskritiker bekannt wurde, begann sie mit einer Studie über die jüdische Romantikerin Rahel Varnhagen. Im Sommer 1933 von der Gestapo vorübergehend verhaftet, entzog sie sich der wachsenden Bedrohung durch die Flucht nach Prag. Von dort gelangte A. über Genua und Genf nach Paris, wo sie sich der zionistischen Bewegung anschloß. Als Generalsekretärin der »Jugend-Alija« kümmerte sie sich mehrere Jahre um die Auswanderung jüdischer Flüchtlingskinder nach Palästina. Nach der Scheidung von Stern heiratete sie den Ex-Kommunisten Heinrich Blücher. Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 und mehrwöchiger Internierung in dem im unbesetzten Frankreich gelegenen Pyrenäen-Lager Gurs flüchtete A. zusammen mit ihrem Mann und ihrer Mutter über Spanien und Portugal

in die USA, wo sie im Mai 1941 ankamen. In ihrem Gepäck führte sie die aus der Erfahrung einer historischen Katastrophe heraus verfaßten *Thesen über den Begriff der Geschichte* (1940) ihres Freundes Walter Benjamin mit sich, der aus Furcht vor seiner Verhaftung durch die Gestapo im September 1940 an der französisch-spanischen Grenze Selbstmord begangen hatte. In New York schrieb A. regelmäßig für die deutsch-jüdische Emigrantenzeitung *Aufbau*, arbeitete als Cheflektorin im Schocken-Verlag (1946–1949) und schloß sich der jüdischen Organisation »Ihud« von Judah Magnes an, in der sie vor der Gründung des Staates Israel durch einen Gewaltakt warnte. Als Geschäftsführerin der »Jewish Cultural Reconstruction Incorporated« reiste sie 1949 das erste Mal wieder nach Deutschland, um jüdische Kulturgüter zu retten.

Als 1951 mit *The Origins of Totalitarianism* ihr erstes großes Buch erschien, wurde A. auf einen Schlag auch über akademische Fachkreise hinaus bekannt. Ihre Doppelanalyse von Nationalsozialismus und Kommunismus wurde – obwohl keineswegs unumstritten – zum Standardwerk der Totalitarismustheorie.

Totalitarismus war für sie eine genuin neuartige Herrschaftsform: Als Produkt der modernen Massengesellschaft habe sich diese Herrschaftsform im Europa des 19. Jahrhunderts, dem Zeitalter der Bourgeoisie, mit dem Niedergang der Nationalstaaten herauskristallisiert. In den drei *Elementen der Schande*, die ins Zentrum der Studie gerückt sind – dem Antisemitismus, dem Imperialismus und dem Rassismus – kündigt sich an, was den Typus totaler Herrschaft auszeichnet: Bei ihm treten zu den traditionellen Merkmalen der Tyrannei mit Ideologie und Terror nicht einfach zwei weitere hinzu, sondern konstituieren Totalitarismus auf ganz spezifische Weise, mit einer ungekannten Vernich-

tungsqualität. Zum Inbegriff der neuen Herrschaftsform wird das System der Konzentrationslager. So wie kein totalitäres Regime ohne Terror auskommen kann, lautet eine von A.s grundlegenden Einsichten, so kann sich kein Terror-system ohne die Einrichtung von Konzentrationslagern als effektiv und letztlich von Dauer erweisen. Nationalsozialismus und Bolschewismus erscheinen ihr als »Variationen ein und desselben Modells«. Die Funktion totaler Herrschaft bestehe in der Zerstörung all dessen, was Gemeinschaft bedeutet, letztlich in der völligen Liquidierung von Freiheit.

So wie es A. zunächst um *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* ging, wie der Titel ihres 1955 ins Deutsche übersetzten Buches lautet, so geht es in ihrem weiteren Werk um Elemente und Ursprünge politischen Handelns. In der Analyse der Strukturen totaler Herrschaft hat sie eine Demokratietheorie ex negativo entfaltet. Diese positiv zu fassen, stellt das zentrale Moment ihrer weiteren Arbeiten dar.

Die wohl wichtigste Weichenstellung erfolgte, als A. sich eine Standardkritik an ihrem Totalitarismus-Buch – im Gegensatz zur Analyse des Nationalsozialismus sei die des Sowjetkommunismus unscharf und empirisch unterbelichtet – zu eigen macht und sich die Aufgabe stellt, *Totalitäre Elemente im Marxismus* zu untersuchen. So lautet der Titel eines Projekts, das sie Anfang der fünfziger Jahre in Angriff nahm, um insbesondere den Unterschied zwischen Natur- und Geschichtsideologie genauer bestimmen zu können. A. war der Überzeugung, daß die abendländische Philosophie an der Heraufkunft der Schreckenssysteme des 20. Jahrhunderts alles andere als unschuldig sei. Ihren Plan, die philosophischen Wurzeln des kommunistischen Totalitarismus aus der Marxschen Theorie herauszufiltern, mußte A. jedoch aufgeben, weil eine Verlängerung des dafür nötigen Stipen-

diums nicht bewilligt wurde. Gleichwohl erwies sich dieses Erkenntnismotiv für ihre weitere Arbeit als richtungsweisend.

Unter der Voraussetzung, daß die abendländische Tradition politischen Denkens in den Theorien von Marx ihr Ende gefunden habe, konzentrierte sich A. auf zwei Aufgaben: Zum einen auf die Überwindung einer als verhängnisvoll erkannten Reduktion des Herrschaftsbegriffs auf die Dichotomie von Herrschern und Beherrschten und zum anderen auf die Herauslösung des Handlungsbegriffs aus den deterministischen Bestimmungen von Arbeiten und Herstellen. Der eine Weg zielte darauf ab, das Politische in der Sphäre der Öffentlichkeit weiter auszudifferenzieren, Schlüsselbegriffe sind Pluralismus und Partizipation; er führte von dem 1963 fertiggestellten Werk *On Revolution* (dt.: *Über die Revolution*, 1963) bis zu ihrem 1970 erschienenen Essay *On Violence* (dt.: *Macht und Gewalt*, 1975). Der andere Weg mit dem Ziel, dem Begriff menschlichen Handelns Vorrang gegenüber dem der Produktion zu verschaffen, führte von *The Human Condition* (1958, dt.: *Vita activa oder vom tätigen Leben*, 1960) bis zum 1978 postum publizierten *The Life of the Mind* (dt.: *Vom Leben des Geistes*, 1979), einer Art *vita comtemplativa*. Bei beiden Aufgabenstellungen ging es implizit um die Überwindung zweier zentraler Topoi der marxistischen Theorie – der Fundierung des Herrschafts- im Klassenbegriff und der des Arbeitsbegriffs in dem dem Reich der Notwendigkeit zugeordneten Begriff der Produktion. Ziel war in beiden Fällen die Zurückgewinnung der Freiheitsdimension im politischen Handeln.

Die im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert grundlegende Kategorie der Gesellschaft spielte dabei für A. keine Rolle mehr. Sich auf die klassische griechische Tradition beziehend, unterschied sie nur zwischen einer privaten

und einer öffentlichen Sphäre. Ausbeutung und Verarmung spielten für A. nur eine untergeordnete Rolle. Für das, was in der Tradition, nicht nur der Linken, als soziale Frage bezeichnet wird, war in ihrem Denken kein systematischer Ort mehr vorgesehen. So sehr sie theoretisch auch von aristotelischen Kategorien her beeinflusst war, so wenig mochte sie der Überzeugung folgen, daß der Mensch ein *zoon politikon*, ein gesellschaftliches Wesen, sei. Das Politische war für A. kein *qua* Natur mitgegebener Wesenszug des Menschen, sondern etwas, das es erst zu schaffen gelte. Es existiere nicht in den Menschen, sondern zwischen ihnen. Vorhanden sei es jedoch nur als Möglichkeit. Das Politische war für A. eine Aufgabe, die im öffentlichen Handeln erst realisiert werden müsse.

Seit den vierziger Jahren hat sich A. immer wieder öffentlich eingemischt, in einer geradezu resoluten Weise politisch Position bezogen und damit nicht selten Kontroversen ausgelöst, am heftigsten wohl mit ihrem 1963 erschienenen Buch *Eichmann in Jerusalem*, in dem sie nicht nur die Judenräte kritisiert, sondern auch die These von der Banalität des Bösen aufwirft.

Aus einer Podiumsdiskussion im Dezember 1967 in New York ist A.s Essay *Macht und Gewalt* hervorgegangen. Den Vertretern der »Neuen Linken« wollte A. zeigen, daß sie die moralische Stärke ihrer Rebellion, von der sie trotz aller Kritik fasziniert war, nur dann bewahren könnten, wenn sie sich von ihrer marxistischen Gewaltrhetorik lösten. Die politische Verwirrung in Fragen der Opposition rühre daher, daß Macht und Gewalt gleichgesetzt würden. A. insistierte stattdessen auf der Notwendigkeit einer fundamentalen Unterscheidung. Diese Unterscheidung kristallisierte A. in ihrer Kritik an drei vermeintlichen Legitimationsmustern der Gewaltausübung, an Denkfiguren von Karl Marx, Georges Sorel und Jean-Paul

Sartre heraus. Während die Gewaltkategorie instrumentellen Charakter besitze und in den Bereich der Zweck-Mittel-Relation gehöre, sei die der Macht essentiell und bedürfe keiner Rechtfertigung, da sie allen Gemeinwesen schon immer inhärent sei. Die Legitimität der Machtausübung beruhe nicht auf Zielen oder Zwecken, sondern resultiere aus den Ursprüngen gemeinsamen Handelns, der Gründung einer Gruppe oder Gemeinschaft. Gegen ein bekanntes Mao-Diktum gerichtet, hielt A. ihren Kontrahenten vor, aus den Gewehrläufen komme niemals Macht. Wo Gewalt in einem politischen Sinne eingesetzt werde, führe sie nicht zur Gewaltlosigkeit, sondern zu neuer, zumeist zu noch mehr Gewalt. Mit ebenso überraschenden wie genau gesetzten Distinktionen versuchte A. das Politische zurückzugewinnen. In ihrer Argumentation ging es letztlich darum, durch kategoriale Unterscheidungen die Legitimität politischen Handelns zu klären.

Weder theoretisch noch politisch läßt sich A. rubrizieren. Sie entzieht sich voreiligen Zuordnungen.

*Literatur:* d' Arcais, P.F.: Libertärer Existentialismus – Zur Aktualität der Theorie von Hannah Arendt. Frankfurt/Main 1990. – Friedmann, F.G.: Hannah Arendt – Eine deutsche Jüdin im Zeitalter des Totalitarismus. München, Zürich 1985. – Heuer, W.: Hannah Arendt. Reinbek bei Hamburg 1987. – Krummacher, F.A.: Die Kontroverse – Hannah Arendt, Eichmann und die Juden. München 1964. – Reif, A. (Hg.): Hannah Arendt – Materialien zu ihrem Werk. Wien, München, Zürich 1979. – Young-Bruehl, E.: Hannah Arendt – Leben, Werk und Zeit. Frankfurt/Main 1986.

Wolfgang Kraushaar

## **Bebel, August**

Geb. 22. 2. 1840 in Deutz bei Köln;  
gest. 13. 8. 1913 in Passugg bei Chur  
(Schweiz)

B. wurde in den Festungskasematten von Köln-Deutz als Sohn eines preußischen Unteroffiziers und eines ehemaligen Dienstmädchens geboren. Er machte in Wetzlar eine Lehre als Drechsler und ließ sich nach zwei Jahren Wanderschaft 1860 in Leipzig nieder. Dort betrieb er seit 1864 als selbstständiger Meister eine kleine Werkstatt, die Baubeschläge herstellte. B. gehörte in Leipzig zu den Gründungsmitgliedern des »Gewerblichen Bildungsvereins« (seit 1861); 1863 vertrat er den Verein, der von Teilen des liberaldemokratischen Bürgertums unterstützt wurde, auf dem ersten »Vereinstag der deutschen Arbeitervereine« (VDAV) in Frankfurt am Main. 1865 wurde B. auf dem zweiten Vereinstag in Leipzig in den Vorstand gewählt.

B.s. Hinwendung zum Sozialismus fällt in das Jahr 1865. Der Leipziger Buchdruckerstreik vom Frühjahr dieses Jahres und weitere Lohnkämpfe und Streiks wegen übermäßig langer Arbeitszeit und zu niedriger Löhne führten ihm den Gegensatz von Kapital und Arbeit vor Augen. B. schloß sich allerdings nicht dem seit 1863 bestehenden, von Ferdinand Lassalle geführten »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein« (ADAV) an, sondern kämpfte – auch unter dem Einfluß von Wilhelm Liebknecht, der seit 1865 in Leipzig lebte – um die Bildung einer demokratischen Sammlungsbewegung. 1867 zog er für die von ihm mitgegründete »Sächsische Volkspartei« in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes ein. Die Partei, deren Programm von B. stammte, war ein Sammelbecken der bürgerlichen und der Arbeiterdemokratie, antipreußisch und, wie für die Demokraten damals üblich, großdeutsch.

Zusammen mit Liebknecht und da-

maligen Lassalleanern gründete B. 1869 die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« (SDAP) in Eisenach.

Die SDAP gab sich als Konkurrenzpartei zum ADAV. Im Gegensatz zu diesem hatte sie eine demokratische Parteistruktur und schloß sich der IAA (»Internationale Arbeiter Assoziation«) an. Damit war auch eine Verbindung zu Marx und Engels in London vorhanden, die B. nicht abreißen ließ. Zunächst blieb der Kontakt brieflich, erst 1880 besuchte B. die beiden in London. Nach dem Tod von Marx freundete er sich mit Friedrich Engels an. B. (erstmal 1871) und Wilhelm Liebknecht (1874) eroberten für ihre Partei sächsische Reichstagswahlkreise und waren bald als die radikalsten Wortführer der Arbeiterbewegung bekannt. Da sie beide den Krieg gegen Frankreich (1870/71) abgelehnt und zum Widerstand gegen Bismarcks Kriegspolitik aufgerufen hatten, wurden sie 1872 in einem aufsehenerregenden politischen Prozeß des Hochverrats beschuldigt und zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. B. erhielt zusätzlich neun Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Er verlor zwangsläufig sein Reichstagsmandat. Da ihm aber eine erneute Kandidatur nicht verwehrt war, machte er noch einen Versuch und gewann die fällige Nachwahl in seinem Wahlkreis.

Die Zeit der Festungshaft mit Liebknecht wurde für B. zu einer wichtigen Phase in seinem Leben. Er konnte hier seine privaten Geschäfte und die Parteiarbeit mit Hilfe seiner Frau weiterführen, da Festungshaft als Ehrenstrafe nur die Einschließung selber bedeutete. Unter Anleitung Liebknechts betrieb er ein umfangreiches Literaturstudium und nahm bei Liebknecht Sprachunterricht in Englisch und Französisch.

In diesen »Sturm- und Drangjahren« der Arbeiterbewegung radikalisierte sich B. mehr und mehr. Als er am 25. Mai 1871 im neu gewählten ersten Reichstag das Wort zugunsten des Kom-

mune-Aufstandes in Paris erhob, fiel die Formulierung, die noch Jahrzehnte als Ausweis der revolutionären, antimonarchistischen und antibürgerlichen Absichten der Sozialdemokratie zitiert wurde: Die Kommune sei »ein kleines Vorpostengefecht« des Kampfes des Proletariats für eine gerechte Gesellschaftsordnung. B. glaubte – wie übrigens nahezu alle Sozialdemokraten der Zeit – wie er es nannte, an den »Großen Kladderadatsch«, die sozialistische Revolution in überschaubarer, direkt bevorstehender Zeit.

Die Entwicklung zu dieser Revolution sei unausweichlich naturgesetzlich vorherbestimmt. Man müsse sie deshalb auch nicht putschend vorwegnehmen. Solange die Zeit noch nicht reif sei für die Revolution, habe sich die Sozialdemokratie im Rahmen der Gesetzlichkeit zu bewegen. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen mit Marx und Engels, die aus dem Londoner Exil in die Sozialdemokratie hineinregieren wollten. Solange nur ihre kritisierenden und besserwisserischen Briefe publiziert wurden, sah das Bild vom Verhältnis zwischen Marx und Engels einerseits und B. und Liebknecht andererseits recht einseitig zugunsten der Londoner Sozialismus-Theoretiker aus. Die mittlerweile publizierten Antwortbriefe B.s zeigen aber deutlich L.s Selbständigkeit in der Beurteilung der politischen Verhältnisse in Deutschland und den pragmatischen Umgang mit den Weisheiten aus London.

B. spielte aus dem Gefängnis heraus auch eine wichtige Rolle bei der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien SDAP (»Eisenacher«) und ADAV (»Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein«) zur »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (SAPD) auf dem Gothaer Kongreß im Mai 1875. Er war, ebenso wie Marx und Engels, unzufrieden mit dem Gothaer Programm der SAPD, weil zuviel Lassalleanismus darin zu finden sei. Er verteidigte dies trotzdem gegen die

Londoner mit dem Hinweis, daß Lassealle in der Arbeiterschaft wie ein Heiliger verehrt würde und darauf Rücksicht genommen werden müsse: Die Einheit sei wichtiger als ein besseres Parteiprogramm.

Die Einheit der Partei war durch die zunehmende Repressionspolitik Bismarcks – und durch die »Gründerkrise« ab 1873 – nicht nur notwendig geworden, sondern auch immer labil geblieben. In der Verfolgung, insbesondere nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes 1878, konnte sie sich konsolidieren, nachdem sie die ersten Schläge überstanden und mit der Untergrundorganisation und Untergrundtätigkeit begonnen hatte. B. gehörte als Vorsitzender der Kontrollkommission der Partei dem engeren Vorstand an, war ununterbrochen seit 1883 Hamburger Reichstagsabgeordneter und mit Paul Singer zusammen seit 1884 Fraktionschef der Partei. Da die Parteiorganisation durch das Sozialistengesetz verboten war, nahm die Reichstagsfraktion die Geschäfte des Parteivorstandes wahr. Nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes (1890) wurde B. zum 1. Vorsitzenden der in Erfurt 1891 neugegründeten »Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« (SPD) gewählt.

Mehr und mehr wuchs B. in die Rolle des politischen Schriftstellers und Erfolgsautors hinein. Seine Publikationen erreichten zahlreiche Auflagen: Die Streitschrift *Unsere Ziele* (1870) hatte 13 Auflagen, *Christentum und Sozialismus* (1874) sechs und *Die Frau und der Sozialismus* (1879) bis 1913 allein 53 Auflagen, die letzte erschien 1985. Von *Die Frau und der Sozialismus* wurden zu seinen Lebzeiten über 100 000 Exemplare verkauft, seine Memoiren *Aus meinem Leben* (1910–1914) waren ein Bestseller.

1876, nach der »Gründerkrise« erweiterte B. seinen Betrieb mit einem Kompanion zu einer Fabrik, in der er Baubeschläge nunmehr maschinell herstellte. Bis zum Ausstieg aus diesem

Unternehmen – B. ließ sich auszahlen – verband er alle politische Reisetätigkeit mit der des Handelsvertreters seiner Produkte und spannte – wenn möglich – auch die ihm persönlich bekannten und vertrauten Genossen in seine Geschäfte ein. Sein Vermögen legte er im selben kapitalistischen System, dessen Untergang er predigte, gewinnbringend an und sorgte außerdem dafür, daß er beträchtliche Einkünfte aus seiner Tätigkeit für die Partei erhielt: als Pro-Forma-Redakteur und durch hohe Verzinssungen seiner Beteiligung an Parteiunternehmen wie dem Dietz-Verlag.

In Leipzig, aus dem er 1881 ausgewiesen wurde, was er als »tödliche Beleidigung« empfand, führte er ein gutbürgerliches Leben in kultivierten Verhältnissen, so ab 1890 im Berliner Westen. Er erregte Aufsehen durch den Kauf einer Villa am Zürichsee, die er später wieder verkaufte. Wegen seiner in Zürich verheirateten Tochter ließ er sich dort nieder und hielt sich im Alter immer häufiger und länger dort auf.

Als B. starb, hinterließ er ein Privatvermögen (nach Abzug der Vermögenswerte, die er treuhänderisch für die Partei innehatte) von 305 000.- RM, nach heutiger Kaufkraft eine Summe von ca. sechs Millionen DM. Wegen seines Lebensstils, der Zielstrebigkeit, mit der er sein Geld zu mehreren verstand, und des Hauskaufs gab es in der SPD Irritationen. Trotzdem blieb er, der bis zuletzt auch die Flügelkämpfe in der Partei unter Kontrolle halten mußte und nach rechts zu den Revisionisten um Eduard Bernstein und nach links zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit scharfen Zurechtweisungen nicht sparte, der unangefochtene, von Freund und Feind bewunderte Arbeiterführer. B.s autoritäres Auftreten, seine Rednergabe, die die Massen regelrecht hypnotisierte, ließen ihn als den Gegenkaiser und Gegenspieler des monarchischen Systems erscheinen. Seinem Sarg folgte die größte Trauergemeinde, die Zürich je sah.

*Literatur:* Bley, H.: Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913. Göttingen 1975. – Hirsch, H.: August Bebel. In Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1988. – Schraepfer, E.: August Bebel. Sozialdemokratie im Kaiserreich. Göttingen 1966. – Seebacher-Brandt, B.: Bebel. Kündler und Kärner im Kaiserreich. Berlin u. Bonn 1988.

*Martin Kutz*

### **Becker, Johann Philipp**

Geb. 20. 3. 1809 in Frankenthal,  
gest. 9. 12. 1886 in Genf

»... die Freiheit wird nur mit dem Sieg des Sozialismus triumphieren, und der Sozialismus wird nicht Sieger werden, bevor die revolutionären Kräfte aller Völker eine unbesiegbare Phalanx gegen alle Privilegien aller Dynastien gebildet haben. Aber die revolutionären Kräfte aller Nationen, das sind die Arme, die Köpfe und die Herzen der Proletarier aller Länder.«

So formulierte B. 1850 sein politisches Credo. Wie seine Freunde und Kampfgefährten Wilhelm Liebknecht und Friedrich Adolph Sorge zählt er zu jenen deutschen Demokraten, die infolge der Erfahrungen in der Revolution von 1848/49 zu Wegbereitern der sozialistischen Arbeiterbewegung wurden. Einer älteren Generation angehörend als sie, verkörperte B. die Kontinuität der demokratischen und der Arbeiterbewegung von der Julirevolution 1830 bis zur Vorbereitung der II. Internationale (gegründet 1889). Er wirkte als volkstümlicher Agitator und Publizist, als unermüdlicher Organisator und talentierter Revolutionsoffizier.

Geboren als Sproß einer Handwerkerfamilie, die den Traditionen der französischen Revolution verbunden war, begann B. seine politische Arbeit in den Reihen der Pfälzer Radikalen Anfang der dreißiger Jahre. Schon auf dem

Hambacher Fest 1832, der mit 25 000 bis 30 000 Teilnehmern größten Massenversammlung in Deutschland vor 1848, war der 23jährige einer der radikalsten Redner. Der Bürstenbinder, der seine nachts verfaßten Artikel mit »der Handwerksmann« unterzeichnete, war überzeugt, daß die Interessen des Volkes nur durch gewaltsame Beseitigung der Fürstenherrschaft und durch Errichtung der Republik durchgesetzt werden könnten.

1838 in die Schweiz emigriert, wo er im Kanton Bern Bürgerrecht erhielt, beteiligte sich B. hier in den vierziger Jahren sowohl an den Kämpfen der Berner Radikalen, als auch an der Tätigkeit der deutschen Arbeitervereine. Hatte er aus sozialem Mitgefühl Sympathien für die notleidenden Tagelöhner seiner Heimatstadt gehegt, so lernte er nun die Handwerksgelegen als besonders aktive Mitkämpfer für seine demokratisch-republikanischen Ideale schätzen. Unter dem Einfluß sozialistischer und kommunistischer Ideen betrachtete B. als eigentliches Ziel einer republikanischen Umgestaltung zunehmend eine soziale Reform im Interesse der arbeitenden Massen. Durch und durch eine Kämpfernatur, nahm er auch an den Freischarenzügen gegen den konservativen Kanton Luzern (1844/1845) teil, und im Schweizer »Sonderbundskrieg« (1847), einem Bürgerkrieg, zeichnete er sich als Mitglied eines Divisionsstabs auf seiten der liberalen Kantone aus. Dabei erwarb er beachtliche militärische Fähigkeiten.

Nach der Märzrevolution 1848 trat B. an die Spitze der republikanisch gesinnten Deutschen in der Schweiz – vor allem der Emigranten und Mitglieder der Arbeitervereine. Durch ihre politische Mobilisierung und militärische Organisation suchte er die süddeutschen Republikaner zu unterstützen. Den Liberalen warf er vor, aus Furcht vor dem Volk einen Kompromiß mit Fürsten und Adel zu suchen. Ihre Lösung »Durch Einheit zur Freiheit« gäbe

in Wahrheit die Freiheit preis, und da sie die Restauration der Fürstenmacht ermögliche, werde sie auch die nationale Einheit verspielen. Im April 1848 eilte B. dem von Friedrich Hecker und Gustav von Struve geführten republikanischen Aufstand in Baden mit Arbeiterfreischärlern zu Hilfe. Im September 1848 rief er zur Unterstützung des 2. badischen Aufstands unter Struve auf, kritisierte aber dann scharf dessen putschistischen Charakter.

Seit der französischen Julirevolution 1830 betrachtete B. den Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion als ein internationales Ringen, in dem der russische Zarismus die Bastion der Konterrevolution und Paris das Zentrum der Revolution seien. Der Aufstand zehntausender Pariser Arbeiter im Juni 1848 für ihre sozialen Belange und dessen blutige Niederschlagung brachten B. zu der Überzeugung, daß eine zweite, eine soziale Revolution nötig sei, in der die Arbeiter eine entscheidende Rolle spielen müßten. Diese Idee vertrat er in der Zeitschrift *Die Revolution* bzw. *Die Evolution*, die er von Dezember 1848 bis März 1849 herausgab.

Nach Ausbruch der »Reichsverfassungskampagne«, des 3. badischen Aufstands im Mai 1849, eilte B. nach Baden. Zum Oberbefehlshaber der Volkswehr ernannt, organisierte er mit badischen Bauern und Kleinbürgern Volkswehren, vor allem aber Freischaren, die sich aus Arbeitern verschiedener deutscher Staaten und revolutionären Emigranten aus anderen Ländern rekrutierten. Nach seiner Absetzung durch den Chef der provisorischen Regierung Badens übernahm er das Kommando über eine Division der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee, die nur aus irregulären Einheiten bestand. Hier zeichnete sich B. durch hervorragende operative Leistungen aus, so daß ihn Friedrich Engels als »einzigsten deutschen Revolutionsgeneral« bezeichnete.

Nach der Revolution wirkte B. zu-

nächst in Emigrantenorganisationen. Doch äußerte er 1851: »Was kann man denn wollen ohne die Arbeiter. Der Kampf ist nur für sie und daher nur durch sie.« Als er 1851 Mitglied der Genfer Kommunistengemeinde wurde, war diese wie alle Schweizer Gemeinden zum »Sonderbund« von August Willich und Karl Schapper, einer Abspaltung des in London residierenden »Bundes der Kommunisten«, übergegangen. 1852 kehrten sich aber führende Mitglieder der Gemeinde, darunter wohl auch B., ab.

Seit 1860 bekannte sich B. als Parteigänger von Karl Marx, suchte aber politisch zunächst eigene Wege zu gehen. Sein Versuch, 1860/1861 in Italien an der Seite Giuseppe Garibaldis eine Deutsch-Helvetische Legion zu bilden, schlug fehl. 1863/1864 unterstützte B. die Arbeiteragitation Ferdinand Lassalles in Deutschland. Das ihm gemäße politische Wirkungsfeld fand B. aber erst in der 1864 in London gegründeten »Internationalen Arbeiterassoziation« (IAA), der I. Internationale, in der Marx die führende Rolle spielte. B. war überzeugt: »Jawohl, der internationale Arbeiterverein muß endlich den Schlußstein bieten zu allen Arbeiterbestrebungen; denn die Überwältigung der Kapitalherrschaft kann nur durch die vereinigten Anstrengungen der Arbeiterklasse aller zivilisierten Länder erreicht werden.«

B. gehörte 1864 zu den Gründern der Genfer Sektion der IAA und übernahm im Zentralkomitee für die Schweiz die Leitung der deutschen Abteilung. 1866 übertrug ihm Marx auch die Aufnahme und Anleitung der örtlichen Sektionen in Deutschland. Seit 1867 unterstanden ihm auch die entstehenden Sektionen in Österreich, Ungarn und die der deutschen Emigranten in den USA. B. richtete über 4000 Briefe an Sektionen, Mitglieder und Sympathisanten der IAA. Er gab von 1866 bis 1871 in Genf die Monatsschrift *Der Verbote* heraus und